

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: S.W. 66, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 202-207. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

# Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin S.W. 66, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 202-207.

## Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

### Verminderung der Besatzungsstärke.

Briand zu wesentlicher Verringerung bereit.

Paris, 10. August. (Eigener Drahtbericht.) Der „Matin“ meldet heute, daß Briand dem deutschen Botschafter bei seiner letzten Vorstellung wegen der Truppenbestände im Rheinland erklärt hat, die französische Regierung sei bereit, den Wünschen der Reichsregierung entgegenzukommen und die Truppenbestände unter der Bedingung herabzusetzen, daß Stresemann sich verpflichte, die Propaganda der sogenannten patriotischen Verbindungen in den Rheinlanden zu verbieten. Der Quai d'Orsay möchte Sicherungen haben, daß die Bevölkerung der Rheinlande nach dem Rückzug der alliierten Truppen keinen Repressalien ausgesetzt sei. (?)

London wartet ab.

London, 10. August. (TL.) In außenpolitischer Hinsicht ist nach der Tagung des Parlaments eine Ruhepause eingetreten. Chamberlain befindet sich zwar nur wenige Meilen von London entfernt in Suffolk, gilt aber offiziell als abwesend. Die Abreise des deutschen Botschafters aus London hat die Tendenz der gegenwärtigen Inaktivität auf außenpolitischem Gebiete noch unterstrichen. Die Deutschland angehenden wichtigen außenpolitischen Fragen bleiben einstweilen in der Schwebe. Sowohl in der

Abüstungsfrage wie hinsichtlich der Verminderung der Besatzungstruppen verweist man auf die früheren Erklärungen Chamberlains. Man betont, daß die Frage der Verminderung der Besatzungstruppen nach Räumung der ersten Zone in erster Linie Frankreich angehe. Die vom diplomatischen Korrespondenten des „Daily Telegraph“ veröffentlichte Meldung, daß in London Schritte im Zusammenhang mit der Reduzierung der Besatzungstruppen unternommen worden seien, wird an amtlicher Stelle weder bestätigt noch dementiert.

Der „Petit Parisien“ ergänzt die Angabe des „Matin“ noch dadurch, daß er angibt, Frankreich sei bereit, seine Besatzungstruppen auf 50 000 Mann zu verringern. Uebereinstimmend damit berichtet das „Journal“, Frankreich habe jetzt 60 000 Mann im Rheinland stehen und wolle um 10 000 heruntergehen. Zu diesen 50 000 Franzosen kämen dann noch 15 000 Engländer und Belgier. Andere Meldungen sprechen davon, daß man beabsichtige, Militärpersonen mit Familie gegen unverheiratete auszutauschen. Dadurch erspare Frankreich Ausgaben und die Wohnungsnot im Rheinland werde gemildert.

### Lärmszenen in Versailles.

Heftige Kämpfe um die Geschäftsordnung der Nationalversammlung.

Paris, 10. August. (TL.) Bereits in den frühen Morgenstunden herrschte in und um das Königsschloß Versailles, wo die Nationalversammlung heute die dritte Verfassung abändern soll, eine heftigste Tätigkeit. Für die Parlamentarier war eine Anzahl von Extrazügen eingelegt worden, die auch das Bureau personal und die Journalisten beförderten. Die Nationalversammlung ist im linken Flügel des Versailler Schlosses untergebracht worden, das seit 1871 für parlamentarische Debatten dient. In dem Saale tagte die verfassungsgebende Nationalversammlung bis 1875, und später fanden hier die Kongresse, d. h. die gemeinsamen Tagungen von Kammer und Senat, statt. Außer der Wahl der Präsidenten der Republik, die hier vorgenommen wird, dient er nur für seltene Anlässe, bei denen es sich um eine Revision der Verfassung handelt. Die letzte Verfassungsänderung fand im Jahre 1884 statt.

Die Sitzung, die um 9,30 Uhr eröffnet wurde begann außerordentlich stürmisch, und der 78jährige Senatspräsident de Selves, der die Versammlung leitete, hatte einen schweren Stand. De Selves verliest die Artikel der Verfassung von 1875, wonach die Kammer und der Senat das Recht haben, sich zum Zwecke einer Revision der Verfassung zur Nationalversammlung zu vereinigen. Der Präsident ging dann auf die bekannten Entschlüsse der beiden Häuser ein, die sich auf die Schaffung einer Amortisationskasse beziehen, und erklärt darauf die Nationalversammlung für verfassungsgebend.

Er schlug dann dem Kongress vor, die Geschäftsordnung anzunehmen, die die Nationalversammlung in früheren Fällen beschlossen habe, und er erklärte dies für angenommen. Auf der äußersten Linken, vor allem bei den Kommunisten und Sozialisten, erhob sich darauf stürmischer Lärm. Unter lauten Rufen: „Zum Wort!“ und unter Pöbeldeckschlägen erhielt schließlich der Sozialist Renaudel das Wort zu einer Erklärung.

Renaudel führte aus: Die Szenen, die sich zugetragen hätten, zwängen ihn dazu, sich nicht an den Präsidenten, sondern an die Versammlung selbst zu wenden. Vor der Annahme des Reglements hätte daselbst zunächst den Parlamentariern zugehen müssen. Der Präsident behauptete, dies sei geschehen, aber Renaudel erklärte, die Quästur habe das Reglement nicht zugesandt. Er fragte, ob man durch solche Methoden die Einigkeit in der Versammlung aufrechterhalten wolle. Der Redner beschwerte sich weiter darüber, daß er das Wort nur auf das Drängen seiner Freunde erhalten habe. Die Sozialisten seien nicht nach Versailles gekommen, um die Versammlung zu stören, sondern um ihre Ansicht zur Kenntnis zu geben.

Der Kommunist Berthoin schloß sich dem Protest an. Er erklärte, sein erster Änderungsantrag beziehe sich darauf, daß die Kommission nicht durch die Listenwahl ernannt werden solle, sondern durch die politischen Gruppen nach ihrer proportionalen Stärke. Die weiteren Erklärungen Berthoins gingen in einem wilden Lärm unter, bei dem sich die Linke und Rechte gegenseitig überhörtten. Berthoin erklärte schließlich: „Hier, wo der dritte Stand in den Kampf gegen das Königtum trat, bitte ich Euch, Ermählte des beschränkten Stimmrechtes“ — Hier kam es zu neuem gewaltigen Lärm, der diesmal von der rechten Seite des Hauses ausging. Der Änderungsantrag wurde mit 691 gegen 175 Stimmen abgelehnt.

### Frankreichs Sondervertrag mit Rumänien.

Ausbau des Bündnisystems.

Paris, 10. August. (TL.) Nach dem „Journal“ trifft es zu, daß zwischen Frankreich und Rumänien in Bukarest ein Freundschafts- und Schiedsgerichtsvertrag unter-

zeichnet worden ist. Es handle sich um den Ausbau des Systems von Abkommen Frankreichs mit den Staaten Osteuropas. Der erste Vertrag sei der französisch-polnische, der zweite der zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei. Ein weiterer Vertrag sei zwischen Frankreich und Jugoslawien schon paraphiert, aber noch nicht endgültig abgeschlossen worden. Die Unterzeichnung sei durch die Haltung Italiens verzögert worden, weil Frankreich die Befürchtung Italiens, das gleichzeitig mit Jugoslawien verhandelt, schonen wollte. Die neue französisch-rumänische Konvention solle vollkommen in den Rahmen des Völkerbunds. Es handle sich um einen Freundschaftsvertrag, der mit einer Zusicherung der gegenseitigen Neutralität und einer Schiedsgerichtsvereinbarung verbunden sei. Frankreich habe in vollem Umfange den territorialen Status und die rumänische Besetzung Bessarabiens anerkannt. Die italienische Haltung gegenüber Rumänien sei eine andere. Italien wolle gleichzeitig seine Beziehungen mit Bulgarest und Moskau aufrechterhalten. Das „Journal“ meint, in dieser Haltung liege eine Schwierigkeit für die europäische Politik, die beseitigt werden müsse. Es liege im Interesse Frankreichs, daß die italienische Aktion in Osteuropa mit der französischen übereinstimme.

### Italienisch-spanischer Sondervertrag.

Rom, 10. August. (CP.) Dem am 7. August in Madrid zwischen Italien und Spanien unterzeichnete Schiedsgerichts- und Freundschaftsvertrag wird von der italienischen Presse große Bedeutung beigegeben. Der Vertragstext, der noch nicht bekannt ist und auch die Neutralitätsklausel enthält, soll beim Völkerbund deponiert werden. — Die „Tribuna“ schreibt zu diesem Abkommen, das Pakt von Madrid genannt werden soll, Italien antwortete mit dem Vertrage allen jenen, die in Italien eine Gefährdung des Völkerfriedens sehen wollten. Zweck und Bedeutung dieses Uebereinkommens seien klar. Die politischen und wirtschaftlichen Bestrebungen sollen gegenseitig gestützt werden. Besonders für die Stellung im Mittelmeer und die gemeinsamen Interessen in Südamerika werde sich der Vertrag vorteilhaft geltend machen.

### Der demokratische Frieden.

Welttagung in Frankreich.

Paris, 10. August. (CP.) Im Schloß Bierville wurde den zur internationalen demokratischen Friedenskonferenz Eingetroffenen, darunter etwa 1000 Deutschen, ein festlicher Empfang bereitet, an dem der Unterpräfekt und die meisten Bürgermeister der Gegend teilnahmen. Der Vorsitzende des internationalen demokratischen Aktionskomitees für den Frieden, Marc Sangnier, würdigte in einer Begrüßungsansprache die moralische Abrüstung als Friedenssicherung. Im Verlaufe der Woche werden etwa 4500 Teilnehmer aus 30 Ländern eintreffen.

### Disziplinarverfahren gegen Kölling.

Am 7. August beschlossen.

Umtlich wird mitgeteilt: Durch Beschluß des Disziplinarernats beim Oberlandesgericht Naumburg vom 7. August ist das Disziplinarverfahren gegen Landrichter Kölling in Magdeburg eröffnet worden.

### Mein „Justizskandal“!

Die Aufklärung über die Vorgänge in Magdeburg.

Von D. Höring (Magdeburg), Bevollmächtigter zum Reichsrat, Mitglied des Preussischen Landtags.

Wir entnehmen die nachstehenden Ausführungen einer umfangreichen Darstellung, die der Verfasser über den Magdeburger Justizskandal gibt. Aus Gründen des Raumes konnten wir nur die wichtigsten Punkte übernehmen. Red. d. „Vorw.“

Die Rechtspresse hat mich des Eingriffs in die Rechtspflege beschuldigt, hat mich beschimpft und verleumdet — ich habe geschwiegen!

Jetzt, wo der Vorhang über die Magdeburger Justizaffäre gefallen ist, darf ich mir wohl erlauben — meine Gegner und Anwälte eines gemeinen Mörders werden doch gestatten? —, das Wort zur reiflichen Aufklärung zu nehmen.

Vorweg sei festgestellt, daß ich den unschuldig inhaftierten Rudolf Haas bis zur Stunde, wo ich diese Worte schreibe, nicht kenne — nie gesehen habe. Seinen Vater und Bruder habe ich erst nach der Inhaftierung kennengelernt. Keiner von den Haas' ist Sozialdemokrat, keiner von ihnen gehört dem Reichsbanner an, keiner von ihnen gehört dem Reichsbanner an, keiner von ihnen hat mittel- oder unmittelbar Geldbeträge dem Reichsbanner gegeben!

Was habe ich nun mit der ganzen Sache zu tun? Als ich von der Verhaftung des Rudolf Haas, der aus Furcht vor einer Anzeige der Steuerhinterziehung einen Mord oder Anstiftung dazu begangen haben sollte, erfuhr, war ich mir auch nicht eine Minute darüber im unklaren, daß diese Verhaftung entweder ein Wahnsinn oder ein Verbrechen oder beides war. Da mir von mehreren sehr angesehenen Bürgern, u. a. auch durch den Schwager des Inhaftierten, den Bundes- schatzmeister des Reichsbanners, meinen Freund Paul Crohn, der seit Jahren sich mit der Firma Haas überworfen hatte, mit allem Nachdruck versichert wurde, daß der inhaftierte Haas ein intelligenter, geistig gesunder und frischer Mann ist, forschte ich nach, ob denn die Hauptvoraussetzung der Mordbeschuldigung, nämlich die Steuerhinterziehung, und in welcher Höhe zutrifft und richtig sei. An dieser Klippe aber zerbrach alles. Ich stellte fest, daß einige Finanzbeamte seit mehr als einem Jahre bei Haas die Bücher revidieren. Aber kein Mensch, am allerwenigsten das Finanzamt, weiß etwas von einer Steuerhinterziehung der Firma Haas.

Aus diesem Tatbestand folgerte ich nun, daß für Haas ein Mord oder Anstiftung hierzu nicht in Frage kommen kann.

In jedem Falle stand eine politische Ungeheuerlichkeit allerersten Ranges bevor, die ich, dazu bin ich als politischer Kommissar der Staatsregierung verpflichtet, mit allen mir zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln verhindern mußte. Leider stand mir nur ein Mittel zur Verfügung: die schnelle und rücksichtslose Aufklärung des Mordfalles durch den tüchtigsten Kriminalkommissar, den ich kannte und sofort erreichen konnte. Meine Ansicht über den Fall und meine Absicht, die Frage wie angeordnet zu lösen, besprach ich eingehend mit meinem Herrn Vertreter und dem hiesigen Polizeipräsidenten — zwei anerkannten tüchtigen Juristen und Verwaltungsbeamten. Beide schlossen sich mir rückhaltlos nach jeder Richtung hin an. So ersuchte ich, ebenfalls mit Zustimmung des hiesigen Polizeipräsidenten, das Landes- kriminalamt Berlin, den Kriminalkommissar Busdorf, der mir seit meiner obersterleichen Tätigkeit bekannt ist und der hier bereits im Falle Gommern, Aken und Osterburg, wo andere verfaßt, erfolgreich gewirkt hat, zur Verfügung zu stellen. Busdorf hatte ich bereits im Falle Aken usw. angefordert; er ist vom Gericht jedesmal mit offenen Armen empfangen worden. Als Busdorf sich bei mir meldete, verwies ich ihn zur Entgegennahme des Dienstauftrags an den Polizeipräsidenten.

Damit hätte nun eigentlich meine Tätigkeit in dieser Angelegenheit zu Ende sein müssen. Leider kam es, sehr zu meinem Bedauern, anders. Nach etwa drei Tagen meldete sich Herr Busdorf bei mir und bat um Enthebung von seinem Auftrag. Er sagte: „Der Kriminaldirektor Müller und der Kommissar Tenhold sind auf mich neidisch, der Untersuchungsrichter scheint sich deren Auffassung angeschlossen zu haben, man schaltet mich aus.“ Ferner seien Untersuchungsmethoden, wie sie hier geübt würden, noch nicht dagewesen; seine Ehre als Beamter verbiete es ihm, hier weiter mitzumachen. Nachdem ich Busdorf beruhigt hatte, besprach ich die Sache mit dem Polizeipräsidenten und ersuchte ihn, mit Kölling unter Darlegung der Notwendigkeit der Mitarbeit Busdorf zu verhandeln. Nach etwa einer Stunde teilte mir der Polizeipräsident telefonisch mit: „Der Herr Untersuchungsrichter läßt sich bestens empfehlen, er wird jetzt mit Busdorf, den er sehr schätzt, arbeiten.“

Nun hörte ich 10 Tage von der Sache nichts mehr und glaube, daß alles in bester Ordnung sei. Da erschien am Sonntag, den 11. Juli, in den Vormittagsstunden, wieder Herr Busdorf bei mir und sagte mir dem Sinne nach folgendes: Er müsse sofort nach Königsberg fahren, wo er vor Forstbeamten einen Vortrag zu halten habe. Unterwegs werde er einen Bericht für den Untersuchungsrichter schreiben, dann, zurückgekehrt, erst eine Verhaftung

vornehmen, dann die Leiche des Helling ausgraben. Alsdann müsse er seine Tätigkeit endgültig einstellen, denn kein denkender Mensch könne diese Untersuchungs- methode, die im Endergebnis nicht den richtigen Mörder lüden, sondern Haas zum Mörder oder Anstifter machen wollen, mitmachen. Dazu komme noch, daß man sich direkt wehre, gegen Schröder die Untersuchung zu führen, in dieser Hinsicht alles außer acht lasse und vernachlässige, und dem Mörder, der ein skandalöser Lügner sei, alles glaube. Auf meine Frage, wie er — Busdorf — denn die Sache ansehe, sagte er wörtlich:

„Ich bin mir völlig klar, daß es sich um einen gemeinen Raubmord des Schröder, der wohl außer der Höhe keinen Komplizen, auch keinen Mitwisser hat, handelt, höchstens kommt noch ein unbekannter junger Mann in Frage, der Helling aus der Wohnung nach Rottmersleben (der Wohnung des Schröder) unter irgendeiner Vorpiegelung gelockt hat, falls nicht Schröder selbst dieser Unbekannte ist. Der Mord ist durch Erschießen oder Erschlagen in der Wohnung des Schröder von diesem verübt, die Leiche Helling ist auf diesem Grundstück, wahrscheinlich im Keller, vielleicht auch im Garten, vergraben.“ Und mit gebietendem Gesicht und geschwollenen Adern fuhr er, in höchster Erregung von seinem Stuhl aufspringend, fort: „Herr Oberpräsident! Der Richter hat mich wie einen dummen Jungen behandelt, keine Aufmerksamkeit gewährt, keinen Hinweis, keinen Anhalt gegeben, wie einen Korren wollte er mich auf eine falsche Spur nach Schandau schicken! Es ist ein letzter Standal, daß ich mich, um überhaupt etwas tun zu können, an den Verteidiger des Haas wenden mußte. Rechtsanwalt Dr. Braun hat mich, das sage ich offen, nach jeder Hinsicht hin unterstützt, und nur durch dessen Hilfe bekam ich erst Anhaltspunkte. Ich bin jetzt in Rottmersleben, in Rottmersleben, in Köln und hier bei allen Verwandten gewesen. Das Bild ist völlig klar. Hätte man hier den Mord aufklären wollen, so hätte man dies vor Monaten in einigen Tagen tun können, statt dessen sucht man den großen Unbekannten, den „Adolf“, den der Mörder konstruiert, und dieser paßt noch nicht einmal auf Haas, der, wie auch Fischer, völlig unschuldig in Haft sitzt. Das skandalöseste aber ist, daß die hiesige Polizei jetzt bei den Verwandten des unglücklichen Helling Vernehmungen gegen Dr. Braun und mich vornimmt.“

Ich beruhigte Busdorf mit Ruhe und versprach, mit Kölling persönlich zu sprechen und den ganzen Fall und die darin stehenden Mißverständnisse aufzuklären.

Sofort setzte ich mich telephonisch mit Kölling — den ich seit mehr als einem Jahre kenne — in Verbindung. Wir verabredeten eine Unterredung auf Montag, den 12. Juli, vormittags. Herr Kölling kam und ich setzte ihm eingehend auseinander, weshalb ich Busdorf gerufen habe. Kölling stimmte mir vollinhaltlich zu, billigte meine Motive restlos, gab zu, daß Busdorf mit seiner Ansicht über den Reich der Kollegen recht habe, die Vernehmungen richteten sich nicht gegen Dr. Braun und Busdorf, sondern gegen vermeintliche Privatdetektive, und fuhr wörtlich fort: „Ich kenne doch Herrn Busdorf, er ist unser Bester, sein Name hat im ganzen Gericht einen guten Klang; jetzt, wo ich weiß, weshalb Sie ihn gerufen — das hatte Polizeipräsident Dr. Wenzel in meinem Auftrag ihm bereits vor 14 Tagen gesagt —, will ich gern mit ihm zusammen arbeiten. Bitte, sagen Sie ihm doch, er möchte, von der Reise zurückgekehrt, sofort zu mir kommen!“

Damit hätte die Unterredung zu Ende sein können. Aber Herr Kölling lag scheinbar sehr viel an meiner Ansicht über den Mordfall selbst, den er nun anschnitt und über den er mich ausfragen begann. Ich habe dann Herrn Kölling unter ausdrücklicher Betonung, daß er meine Ansicht zu hören wünsche, den ganzen Fall so klar wie möglich auseinandergesetzt und ihm die Unmöglichkeit seiner Konstruktion wie seine Berranntheit vorgeführt. Er wurde immer unruhiger, widersprach aber nicht und schwieg auch, vor sich hinbrütend, als ich meine Rede beendete. Darauf fragte ich: „Nun, was sagen Sie, Herr Landgerichtsrat, zu

meiner Auffassung?“ Kölling antwortete: „Daran habe ich noch nicht gedacht — vielleicht behalten Sie recht, aber ich glaube es nicht!“ Darauf ich: „Herr Untersuchungsrichter! Bedenken Sie, daß Gesundheit, Existenz und sogar das Leben von Menschen von Ihrer Tätigkeit mitabhängt. Haben Sie außer den Angaben des Raubmörders Schröder noch irgendeinen, wenn auch kleinen Beweis für die Schuld des Haas und Fischer, die Sie in Haft halten?“ Darauf Kölling, der kreidebleich geworden war: „Schröder ist bestimmt nicht der Mörder, vielleicht lebt Helling noch!“ Darauf sagte ich sehr scharf: „Was, und dann verhaften Sie unbescholtene Menschen wegen Beihilfe zum Mord oder gar Mord?“ Kölling (völlig in den Stuhl versinkend): „Herr Oberpräsident, ich bin völlig durcheinander, der Fall beschäftigt mich so, daß ich nicht mehr schlafen, nichts führe ich Selbstgespräche. Wen bloß erst hier ein Ende wäre.“ Darauf ich: „So, nun will ich Ihnen sagen, es handelt sich um einen gemeinen Raubmord, den der Schröder scheinbar allein in Rottmersleben begangen hat. Die Leiche Helling ist dort im Keller vergraben. Busdorf wird, von Königsberg zurückgekehrt, erst eine Verhaftung vornehmen, dann die Leiche ausgraben und sie Ihnen bringen, dann vielleicht wird es endlich vorwärts gehen!“ Kölling (am ganzen Leibe zitternd): „Das wäre ja sehr gut, aber es wird anderes sein.“ Wir begannen nun noch ein längeres, rein familiäres Gespräch und verabredeten uns — ich möchte sagen: in aller Freundschaft.

Herr Kölling behielt recht: „Es kam anders!“ Zwei Tage später, während Busdorf noch in Königsberg war, gruben Tenhold und Kölling am 14. Juli in dem von Busdorf bezeichneten Hause in Rottmersleben die Leiche Helling „eigenhändig“ mit Schippe und Kelle aus: so schildert ein Replamenbericht diese „Heldentat“.

Inspiriert von Tenhold und Kölling greift die „Magdeburgerische Zeitung“ in einem langen Nachsatz zu jenem Bericht Busdorf und mich ohne Grund und Ursache an und entfesselt damit den nun folgenden politischen Skandal mit all seinen erbärmlichen Folgen. Busdorf, von Königsberg zurückgekehrt, legt noch schnell die Wordwaffe sicher und er läßt diese wie auch die Kugeln aus dem Schadel Helling durch Sachverständige prüfen, die feststellen, daß die vorgefundenen Kugeln aus dem Revolver Schröders abgeschossen worden sind.

Busdorf beschaffte die Briefe von Köln und von Rottmersleben, die schon allein den Raubmord einwandfrei feststellen, und nun müssen mit Busdorf auch der sehr tüchtige Kriminalrat Salzwitz und ihr unermüdlicher Assistent Martini — ohne daß es nötig war — verschwinden; obgleich Herr Kölling inzwischen schon wieder einmal erklärt hatte, „mit den Herren zusammenarbeiten zu wollen!“ Jetzt aber erschienen der ruhige und überlegene Kriminalrat Runze, der ausgezeichnete Kriminaloberinspektor Dr. Riemann und Kommissar Brachwitz, die so überraschend schnell, wie logisch und richtig, die Arbeit Busdorfs — ohne jeden Neid — forschten und zum schnellen Erfolg — zum Geständnis — führten. Daß Kölling auch Dr. Riemann und Brachwitz inzwischen abgelehnt hatte, mit denen arbeiten zu wollen er vorher erklärt hatte, sei der Vollständigkeit halber auch noch festgestellt.

Ob Kölling aus Unfähigkeit oder Böswilligkeit der Justiz diesen furchtbaren Schlag verfehle, wird wohl in erster Linie der Strafrichter festzustellen haben. Aber auch der Disziplinarrichter wird zu reden haben. Schlimmer aber als Kölling ist das Treiben jener völkisch-nationalistischen Juristengruppe im Justizpalast, deren Führer Landgerichtsdirektor Hoffmann ist, der bis zum 1. August Vorsitzender der für die Hofbeschwerden zuständigen Strafkammer war und von der Republik sich zum Präsidenten der Reichsdisziplinarkammer — Bezirk Magdeburg — hat ernennen lassen, dann aber auch noch Vertreter des Landgerichtspräsidenten ist. Das Justiz-

ministerium wird zu prüfen haben, ob und warum Landgerichtspräsident Wügel und Oberstaatsanwalt Rahmus von diesem Treiben nichts gehört und gesehen und es nicht verhindert haben.

## Denaturierter Verfassungstag.

Wie die Volkspartei den 11. August feiert.

Die Partei der Vernunftrepublikaner und Herzensmonarchisten, der Herr Stresemann angehört, möchte die ganze Republik schwarzweißrot denaturieren. Sie möchte die schwarzrotgoldenen Reichsfarben in die Ecke stellen und schwarzweißrot wieder hervorholen. Vom 11. August will sie nichts wissen. Sie schlägt vor, ihn durch den 18. Januar zu ersetzen. In der „Nationalliberalen Correspondenz“ liest man:

„Rein, der 11. August ist kein allgemeiner Volksfeiertag, der begeisterte Republikaner wird das nicht behaupten wollen, aber der Gründungstag des Bismarckschen Reiches, der 18. Januar, war es auch nicht. Man feierte Kaisers Geburtstag, Königs Geburtstag, den Geburtstag des Großherzogs, des Herzogs, den Geburtstag seiner hochfürstlichen Durchlaucht. Nur war es nicht der Geburtstag des Reiches. Eine Ausnahme machte lediglich die Nationalliberale Partei, die als die Partei der Reichsgründung den 18. Januar überall festlich beging. Damals und heute. Nach der Revolution hat die Deutsche Volkspartei als Nachfolgerin der Nationalliberalen Partei wiederholt den Vorschlag gemacht, den 18. Januar zum Nationalfeiertag zu erheben. Es war ein unbegreifliches Versäumnis der Linksparteien, ein Fehler, fast so groß wie die Schaffung der neuen Flagge, daß dieser Vorschlag nicht angenommen wurde. Man stelle sich nur einmal vor: Heute im zerrissenen Deutschland würden alle Parteien, wenn auch in verschiedener Tonart, einen gemeinsamen Nationalfeiertag unter einer Flagge begehen! Welch ein Gewinn für den neuen Staat und das allgemeine Staatsbewußtsein! Es ist nicht geschehen. Vielleicht bringen Ewigkeiten nicht zurück, was ein Augenblick veräußerte.“

Wir wollen nicht reden über die Absicht, den Geburtstag der Republik durch den Geburtstag des Kaiserreichs zu ersetzen, den Gedenktag der Volksfreiheit und des Triumphes der Volkssouveränität durch den Gedenktag der Revolution von oben. Einen solchen Taktenspielerverfuch wird jeder Republikaner nur mit Hohnlachen begrüßen.

Aber eines muß hervorgehoben werden: der Tag der Verfassung von Weimar am 11. August unter den schwarzrotgoldenen Fahnen ist ein Tag für Großdeutschland, für den Anschluß von Ostpreußen. Die Verfassungsfeier, die die Volkspartei am 18. Januar unter schwarzweißrot abhalten möchte, wäre ein Bekenntnis zum Bismarckschen Kleindeutschland.

Die Republik läßt sich weder schwarzweißrot, noch kleindeutsch denaturieren.

## Besser als früher.

Das neue Regime in Mecklenburg.

Schwerin, 10. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Hauptausschuß des Mecklenburg-Schwerinschen Landtages ermächtigte die Regierung, gegen den Willen der Rechtsparteien, eine Anleihe von 17 Millionen Mark aufzunehmen. Dieser Betrag soll hauptsächlich zur Ausbesserung der unter der Rechtsregierung völlig vernachlässigten Chaussees und für Rekorationen verwendet werden. Es wurde ferner beschlossen, die Mietzinssteuer für den Wohnungsbau auf das Landgebiet Mecklenburg auszudehnen. Auch das war bisher von der Rechtsregierung abgelehnt worden. Ebenso sollen die Klinikbauten in Rostock fertiggestellt werden, nachdem die Rechtsregierung diesen Bau aus „finanziellen Gründen“ eingestellt hat. Statt dieses sozialen Wert zu vollenden, stundete sie die Steuern der bestehenden Schichten und stellte ihnen außerdem noch größere Vorräte zu Verfügung, von den der Staat bis heute nichts wiedergegeben hat.

## Noch einmal: „Völkerkunde“.

Von Dr. Paul J. Schmidt.

Zu den Bemerkungen Erich Pagels über das Völkerkundemuseum im „Vorwärts“ vom 3. August möchte ich Prinzipielles bemerken, das die Voraussetzungen meiner Kritik betrifft, mögen sie nun richtig oder unrichtig sein.

Was ist ein Museum? Nach heutiger Auffassung eine gut geordnete Darbietung kulturell erbedlicher Gegenstände, die sowohl der Belehrung wie der seelischen Erhebung dienen können. Naturgeschichtliche Sammlungen z. B. sind im allgemeinen für die Belehrung da, Kunstmuseen für ästhetische Freude. Ethnographische Sammlungen sollen nach Herrn Pagel der Erkenntnis fremder Völker dienen, wozu unter vielen andern auch ihre Kunst gehört. Nun, das ist eben die Frage: seine Voraussetzung ist wissenschaftlich; die meiste ist ästhetisch, sie legt auf die Kunst der fremden Völker den Nachdruck. Auf welche Seite hat sich nun das Kultusministerium mit der Neuordnung des Völkerkundemuseums gestellt? Doch ganz offenbar auf die meiste, mindestens in der Absicht; denn diese Absicht geht (nach der Eröffnungsrede des Kultusministers Sader) dahin: das bloß Wissenschaftliche, das völkerkundliche Material, fünf Sechstel der bisherigen Masse nach Dahlem zu verbringen, als Studienmaterial für ein der Universität anzuschließendes „Institut für Völkerkunde“. Dort möge man sich die Grundlagen für Kenntnis überseischer Gebräuche und Kulte verschaffen. Das im Museum an der Königgräberstraße verbleibende Sechstel aber soll der Anschauung fremder Kunst gewidmet sein, d. h. es ist mit viel Mühe und einem offenbar sehr großen Erfolg, eine Auswahl künstlerisch wertvoller Dinge aus vier Erdteilen dort aufgestellt worden. Das ist nicht nur die völlig eindeutig ausgesprochene Absicht des Ministeriums gewesen, das geht auch für jeden Kunstfreund aus dem jetzigen Zustand des Museums klar hervor und ist in vielen Kunstschriftchen und wichtigeren Zeitungen scharf betont worden, mitunter sogar mit leicht tadelmäßigem Akzent.

Die Sachlage ist nun aber die: Kunst an sich gibt es erst seit etwa 150 Jahren in Europa. Überall anderswo auf der Erde, und in Europa auch bis etwa 1800, gab es Kunst nur in „ethnographischem“ Sinne, als Ausdruck, als Dienerin der Kultur, sei es die der herrschenden Oberklasse, sei es die des Volkes, der Priesterkaste usw. Es ist hoffnungslos, hohe Kunst oder Kunstgewerbe irgendwo in dem ganzen Bezirk der Erde einschließlich Europas (bis 1800) als Ding an sich zu isolieren, ohne Beziehung auf ein religiöses, ethisches, soziales Moment. Und hier aus betrachtet, wäre die ägyptische Abteilung oder die italienische Renaissance-Sammlung genau so „ethnographisches“ Material, wie das Völkerkundemuseum. Ja ich möchte behaupten, daß ein großer Teil moderner Kunstschätze (wie z. B. die herrliche Maffei-Sammlung, die die Stadt Berlin aus ihren Kommissionskäufen zusammengebracht hat) viel mehr ethnographischen Kuriositätswert besitzt als Kunstcharakter.

Was folgt daraus? Daß man auch die europäischen, islamischen, antiken Kunstmuseen in „ethnographische“ Abteilungen verwandeln soll? Ganz gewiß nicht. Sondern umgekehrt: Daß man das jetzige Völkerkundemuseum mit seinen in der ganzen Welt einzig dastehen-

den Kunst- und Kunstgewerbeschätzen unter demselben Gesichtswinkel zu betrachten hat wie etwa das Alte Museum. Daß es jedem unbenommen ist, bei den gotischen Madonnen ebenso Völkerkunde zu treiben wie bei den Sagenbildern Mexikos. Daß aber das leitende Prinzip bei diesen allen lediglich das des Kunstwertes ist. Und daß es manche Leute gibt, die im Völkerkundemuseum, was das betrifft, mehr Genuß und Erbauung finden als im Kaiser-Friedrich-Museum.

Wer sich ernsthaft in die Wissenschaft der Völkerkunde vertiefen will, wird gar nicht umhin können, sich mehr den Büchern zuzuwenden als den Schauammlungen. Ein Museum ist kein Ersatz für Schule und Universtität. Wie mir aber scheint, ist der Genuß an der botanischen Bestimmung einer Pflanze ein wesentlich engerer als der an der Landschaft, in der sie wächst, an Licht und Sonne und Erdgestalt. Und genau so steht es mit der Kunst der Menschheit und dem „Weltkunstmuseum“.

(Hiermit schließen wir die Debatte über den Zweck des Völkerkundemuseums.)

## Radium, die neueste Mordwaffe.

Der Großindustrielle Robert Morand aus Virginia litt an einer seltenen Krankheit. Er war 72 Jahre alt, fühlte sich aber noch vor einigen Monaten sehr rüstig und besorgte alle seine Geschäfte selbst. Mählich verfielen seine Kräfte mit derartiger Geschwindigkeit, daß es unmöglich das zunehmende Alter allein sein konnte, was ihn müde und apathisch machte. Die berühmtesten Professoreuren wurden zu Rate gezogen, genaueste Untersuchungen angestellt, aber keine Spur einer Krankheit konnte festgestellt werden. Bei einer völlig ungefährlichen Operation verstarb Morand, und da man keine andere Ursache finden konnte, so beugte man sich mit der üblichen Feststellung von Herzschwäche. Die 400 000 Dollar, die der tote hinterließ, erbte sein Schwiegersohn, der Apotheker Oliver Hall. Diese Erbschaft wurde in der Stadt Virginia viel besprochen. Dr. Hall, der Witwer war, stand mit seinem Schwiegervater außerordentlich schlecht. Mehrfach hatte der reiche Morand geäußert, daß er „keinerlei Veranlassung habe, diesem Burschen auch nur einen Cent zu vererben“. Nach und nach entstand das Gerücht, daß der Großindustrielle seines natürlichen Todes gestorben sei. Das Testament war alt, und der plötzliche Tod hatte ihn daran gehindert, rechtzeitig eine neue letztwillige Verfügung auszusprechen. Als man Hall über die näheren Umstände befragen wollte, hatte dieser seine Apotheke bereits verkauft und war mit der gesamten Erbschaft spurlos verschwunden. Kurz darauf bot der ehemalige Apotheker einem New Yorker Wissenschaftlichen Institut einige Milligramm Radium an. Die Polizei, die sich nach dem Verirrung dieses Radiums erkundigte, stellte fest, daß Morand in den letzten Monaten seines Lebens allen seinen Freunden mit großem Stolz einen kostbaren Ring zeigte, der an Stelle eines Steines eine kleine Radiumkapsel enthielt. Diesen Ring hatte er von seinem Schwiegersohn zum Geschenk erhalten, und er war nun als Ortstück an seinen ehemaligen Besitzer zurückgegangen. Die Kriminalpolizei setzte sich sofort mit medizinischen Autoritäten in Verbindung und erhielt die Auskunft, daß die Ausstrahlung des Radiums nach und nach den Tod eines Menschen herbeiführen könne. Nun hat man den Apotheker Hall verhaftet und den Restnam des Großindustriellen ausgegraben, denn es unterliegt keinem Zweifel, daß der reiche Morand auf diese seltsame Weise ums Leben gekommen ist.

Wiedererstandene Pfahlbauten im Bodensee. Der Verein für Pfahlbauten hat in dem kleinen Ort Unter-Uhldingen am Bodensee, zwischen Reersburg und Ueberlingen, im Waller nahe am Ufer zwei Pfahlbauten aus der Steinzeit als getreue Abbilder der vorzeitlichen Wohnhäuser errichtet, die im neuen Heft der Zeitschrift „Der Naturforscher“ von Paul John in Wort und Bild geschildert werden. Das eine ist ein Gemeindegewölbe, das andere ein Familienhaus. Beide ruhen auf einem Pfahlunterbau von je 130 abgabelten Holzern und sind je 16 Meter lang. Es sind rechteckige Häuser mit einer freien Plattform, einem schmalen Vorraum und einem größeren Wohnraum. Die Außenwände bestehen aus gespaltenen Baumstämmen, die Innenwände sind mit Lehm geglättet und mit farbigen Bändern bemalt. Fenster haben die Räume nicht, sondern nur Giebellöcher, die dem Rauchabzug dienen und etwas Licht einlassen. Das Dach ist mit Schilf bedeckt. Im Familienhaus läßt die Küche mit Backofen und Arbeitsgeräten einen Einblick in das Reich der Frauen jener Zeit tun, wie sie das Feld bestellen, das Brot buken und die Kost besorgen. Im Wohn- und Schlafraum findet man Steinbeile, auch einen Webstuhl und eine Vorrichtung zum Knüpfen von Bastgewebe. Roosgepolsterte Schlafbänke stehen nahe dem Feuer. Das Gemeindegewölbe ist durch eine kleine Brücke mit dem Familiengebäude verbunden. Es ist das Reich des Mannes, hat einen Raum mit Kuhlagern für Gäste und einen hallenartigen Hauptraum, in dem primitive Fischer- und Jagdgeräte sowie Tierfelle auf die Hauptbeschäftigung des Mannes hinweisen. In der Mitte des Raumes liegt die Feuer- und Opferstelle; darüber sieht man auf einem Brett das Tagesgestirn als Zeichen des Sonnenkults.

Erkauft. „Mit Amerika“, das Abenteuer einer jungen Dame, heitelt sich die Revue, mit welcher das Berliner Theater am Freitag, den 20. August seine Wintertheater eröffnet. Auch von Odonovskij und Steinberg, Texte von Schwabach, Musik von Walter Dromme.

Anna Pawlowna hat mit ihrem Ballett-Ensemble soden eine viermonatige Tournee durch Australien und Neuseeland vollendet und die Rückreise nach Europa angetreten, wo sie Mitte September eintrifft. Nach einer Probeaufführung von zwei Monaten beginnt die Tournee in Deutschland. In Berlin findet die erste Vorstellung am 1. Dezember statt.

Die Berliner Volk-Frier, die vom 20. September bis 3. Oktober stattfanden, wird außer Berken von Bach leidt auch mehrere Kompositionen seiner Vorgänger und Zeitgenossen bringen, darunter Dietrich Buxtehude, Heinrich Schütz u. a. Aus den Berken von A. S. Bach sind Kantaten, Motetten, Kammermusikstücke und selten gedruckte Orgelwerke ausgestellt; außerdem wird die Singakademie unter Leitung von Professor Schumann die H. Molle-Reste aufführen.

Dritte Skizze. Auf der Augustburger Ausstellung an der Elbe findet vom 24. bis 31. August eine „Musikwissenschaftliche Woche“ statt, die den Zweck haben soll, dem alten Volkstanz in Familie, Schule und Verein wieder Geltung zu verschaffen. Durch Vorträge werden die Teilnehmer in die wichtigsten Gebiete eingeführt, und praktische Übungen dienen zur Vertiefung.

Sinclair Lewis als Dramatiker. Sinclair Lewis, der amerikanische Romanautor, dessen Romane „Babbalanza“ und „Arrowsmith“ aus in Deutschland in Uebersetzungen bekannt sind, hat ein dreiaktiges Schauspiel „The Call“ vollendet, das Anfang nächsten Jahres in New York zur Aufführung gelangen wird.

Die Sowie-Engelkopplade. Von der großen Sowie-Engelkopplade sind bisher zwei Bände erschienen und der dritte soll noch im Laufe dieses Monats herausgegeben werden. Wie die Sowieblätter berichten, werden die bisher erschienenen Bände gut verkauft, ein Drittel der Subskribenten bilden die wissenschaftlichen Institutionen der Sowjetländer.

## Kommunistischer Bruderstreit.

### Eine Radauversammlung.

Die Roten Frontkämpfer betreiben „revolutionären Aktivismus“, indem sie Straßenprügeleien provozieren, die Zentrale der KPD. schwört auf die Betriebsagitation. In der Verschiedenheit der Taktik kommt der Richtungskampf in der KPD. zum Ausdruck. Er wird von den Beteiligten untereinander nicht gerade sanft geführt. Uns liegt folgender Bericht über die Versammlung der verantwortlichen Parteiarbeiter der KPD. am 29. Juli in den Sophienkäfen vor:

Tagesordnung: Der Kongress der Werktätigen und die Arbeit im August.

Die sehr mäßig besuchte Versammlung — es waren etwa 400 Personen anwesend — wurde gegen 8 Uhr von Pfeiffer eröffnet.

Die anwesenden Ultrasinken Maslowski, Uhrbähne und Köster beantragten eine Änderung der Tagesordnung dahingehend, daß die Vorgänge in Sowjetrußland besprochen würden. Trotz einer ausgedehnten Debatte zur Geschäftsordnung ergaben sich bei der Abstimmung über diese für die Ultrasinken nur 60 Stimmen gegen 300.

Es sprach nunmehr Braun vom Jk. über die allgemeine politische Lage und erwähnte, daß sie nicht revolutionär genug sei, um sie so weit auf die Spitze zu treiben, daß gewalttätige Auseinandersetzungen mit den Bürgerlichen dadurch ausgelöst würden. Es sei momentan verfehlt, für den Bürgerkrieg einzutreten, man müsse vielmehr darauf bedacht sein, Vorbereitungen zu den kommenden revolutionären Kämpfen zu treffen, indem die gesamte Arbeiterkraft durch planmäßiges unermüdbliches Arbeiten der Funktionäre in den Betrieben hinter die KPD. gebracht würde. Hierzu sei weiter notwendig ein ebenfalls planmäßiges Bearbeiten der Erwerbslosen. Außerdem müßten in den Bezirken sämtliche Betriebsräte zusammengefaßt und, soweit es nicht Kommunisten wären, im Sinne der KPD. beeinflusst werden. In Aussicht genommen wäre ferner für Ende August eine allgemeine Volksversammlung der Groß-Berliner Betriebsräte, die dann auch gleichzeitig über die Maßnahmen beraten soll, die den Kongress der Werktätigen sicherstellen. Es ist hierzu für den 31. August auch ein großzügig angelegte Demonstration geplant.

Zum Schluß ging Braun noch auf die aktuellen russischen Fragen ein und sagte, daß die Absetzung Sinowjews erfolgen mußte, weil er eine Gefahr für den Bestand der Partei zu werden drohte. Dadurch, daß Sinowjew abgelehnt hätte, sämtliche Beziehungen zu der Gruppe Schlapnikoff zu lösen, habe er sich fast zu einem Menschewisten gestempelt, denn daß diese Gruppe solche Tendenzen verfolge, habe sie 1917 bewiesen, als sie den Bürgerkrieg verneinte.

Bezüglich der Einstellung der KPSU. hinsichtlich des sozialen Aufbaues in Rußland führte Braun aus, daß dieser Aufbau eben trotz des festen Vorsatzes nicht durchführbar wäre, weil Sowjet-Rußland mit diesen Bestrebungen allein stehe.

Braun geißelte das Verhalten der deutschen Ultrasinken gegenüber dem Jk. der KPSU., welches dieses ungeheuer schade.

In der anschließenden Diskussion kam es zwischen Hauptleitung und Ultrasinken zu wüsten Auseinandersetzungen.

Die wüsten Auseinandersetzungen innerhalb der kommunistischen Partei werden von den Roten Frontkämpfern auf die Straße verlegt. Ihre Mut gegen die eigenen Parteigenossen toben sie gegen die Schupo, gegen Passanten, gegen Sozialdemokraten aus. Sie brauchen sich nicht zu wundern, wenn diese sich dann ebenso energisch gegen sie zur Wehr setzen, wie die kommunistischen Instanzen gegen unbequeme kommunistische Genossen.

## Gegen die Landarbeiter.

### Die Parteilichkeit der ostpreussischen Landwirtschaftskammer.

In der „Georgine“, dem Amtsblatt der Landwirtschaftskammer für die Provinz Ostpreußen, Nr. 37, wird zu dem Lohnkonflikt in der ostpreussischen Landwirtschaft Stellung genommen und dabei folgendes ausgeführt:

„Der Deutsche Landarbeiterverband glaubte, trotz der leichten Kollage der ostpreussischen Landwirtschaft eine Erhöhung der Löhne erlangen zu können, und zwar in einem solchen Maße, daß sie eine heute untragbare Mehrbelastung der gesamten ostpreussischen Landwirtschaft bedeutete. Mit Recht hat der Landwirtschaftsverband jede direkte Verhandlung mit der Gewerkschaft abgelehnt und es kam somit der Antrag des Deutschen Landarbeiterverbandes zur Verhandlung vor der Schlichterkammer.“

Nachdem dann eine recht einseitige Darstellung über die Verhandlungen vor dem Schlichter gegeben wird, folgen einige Schlussätze, die folgenden Wortlaut haben:

„Wir sind der Ansicht, daß ein derartiges Vorgehen ebenso an dem Widerstand der Arbeitgeber, den die allgemeine Anerkennung der Kollage der Landwirtschaft unterstützt, scheitern muß. Es wird nicht gelingen, die Arbeiter, die trotz jahrelanger Winterarbeit der roten Gewerkschaft ihren gesunden Menschenverstand behalten haben, etwa im Frühsommer wieder zu einem neuen Streik zu treiben. Die scharfen Artikel, mit denen die „Münchener Volkszeitung“ z. B. sich für die Lohnherabsetzungen einsetzt, helfen nichts. Allgütigkeit macht scharf! Es wird auch die allgemeine Propaganda für Erhöhung der Landarbeiterlöhne überhaupt, wie sie gerade jetzt von den in Frage kommenden Zentralen getrieben wird, nichts nützen. Voraussetzung jeder Lohnherabsetzung ist eine Besserung der Lage des Einzelbetriebes wie der Landwirtschaft allgemein.“

Diese Ausführungen zeigen, daß sich die Landwirtschaftskammer der Provinz Ostpreußen, die bekanntlich eine amtliche Institution ist, nicht scheut, in der rücksichtslosesten Weise zugunsten der landwirtschaftlichen Unternehmer Stellung zu nehmen. Das, was in dem Amtsblatt gesagt wird, kann ebenso gut auch in dem Organ des Landwirtschaftsverbandes, das ist die Organisation der ostpreussischen Unternehmer, als Ausdruck seiner Meinung wiedergegeben werden.

Vorwiegend ist bei der ganzen Angelegenheit das Schweigen des Preussischen Landwirtschaftsministeriums. Hat es den Artikel nicht gelesen oder fehlt ihm der Mut zum Eingreifen?

Potemkin. Die Oberflüchlichkeit wird voraussichtlich noch in dieser Woche zur Erledigung der von Thüringen und Württemberg gestellten Anträge auf Verbot des Films „Potemkin“ zusammenzutreten.

Das Schicksal, das Schloß Wilhelms II. in Korfu, wird von der griechischen Regierung zum Kauf angeboten. Der Erlös soll den Griechen zugute kommen, die während des Krieges im Ausland ihr Vermögen verloren.

Gegen Pongalos wurde ein Mordanschlag unternommen. Dem Littenäter wurde der Revolver aus der Hand geschlagen, ehe er abfeuern konnte. Es soll sich um einen Unzurechnungsfähigen handeln.

## Gegensätze!

In der Zeit, in der man das Postamt möglichst nicht aufsuchen soll, drängen sich bekanntlich die meisten Leute. Der Schalter irgendeines Postamtes im Südwesten . . . Postlagernde Briefe Kengstlich — schüchtern steht ein kleines Mädchen im hoffnungsvollen Alter von 16 Jahren und wartet vielleicht auf den ersten Brief von „ihm“. Dreimal hat sie heute schon gefragt. Mittelmäßig blüht sie der Beamte an und schüttelt verneinend mit dem Kopf. Und dennoch wird „er“ schreiben, muß er schreiben. . . Goldene Jugendzeit! . . . Der Gehilfen mit dem Postausweis hat es als angebender tüchtiger Kaufmann eilig. Rücksichtslos drängt er sich vor und freut sich diebisch, wenn es ihm gelungen ist, einer vom „schwachen“ Geschlecht den Platz abzunehmen, um fünf Minuten Zeit zu gewinnen. Die täglichen Stammkunden stehen geduldig und warten gewohnheitsmäßig ab, bis sie an die Reihe kommen. Sie sind das Warten ihr Lebtag gewohnt. Warten auf den sonnenabendlichen Lohn, warten auf Gehaltsaufbesserung, warten auf das Glück, das bei einem im Frontdienst sich Zeit läßt, bis es in bescheidensten Formen einmal seine Gunst verschenkt, warten . . . Da erscheint ein Herr mit „schmissigem“ Gesicht und der militärischen Haltung des ehemals höheren Offiziers. Er ist nicht gewohnt geduldig zu warten. Er kennt nur befehlende Wünsche und wünschende Befehle . . . In Schlangeform stellt das Publikum an. Der Beamte am Schalter sieht ihn. „Einen Augenblick, eine Sekunde, bitte“ . . . Eilfertig erhält der „Herr“ außer der Reihe seine zahlreich Korrespondenz. Hochmütig verzieht der also Bevorzugte das Gesicht. Murren bei den gewöhnlichen Sterblichen. Was kümmert „ihn“ das . . . „Voll“? Friedlich liegen in den einzelnen Fächern die postlagernden Sendungen und draußen stehen ihre Abnehmer mit hoffenden, verärgerten, ungeduldigen Mienen. Ihnen reicht der Beamte wieder gleichmäßig im weißen, grünen, gelben Papierumschlag Briefe des Glücks und Unglücks automatisch heraus. Gegensätze!

## Ein Berliner Bankhaus um große Summen geschädigt

### Unterschlagung aus Spielleidenschaft.

Große Unterschlagungen wurden seit Ostern vergangenen Jahres bei einem mittleren Bankhaus im Zentrum der Stadt verübt. Bei diesem Hause, das schon ziemlich lange besteht, war seit 1920 ein 25 Jahre alter Herbert Bagel aus der Schleiermacherstraße als Prokurist angestellt. Bis dahin ordentlich und zuverlässig, begann Bagel zu Ostern vergangenen Jahres auf der Rennbahn zu wetten. Zunächst setzte er bescheiden 5 bis 10 Mark auf ein Pferd. Seine Einsätze wurden dann aber immer höher und stiegen zuletzt bis auf 5000 Mark auf ein einzelnes Pferd, weil der Spieler, der unterdessen ständig in die Kasse der Bank gegriffen hatte, hoffte, durch große Schläge nicht nur die Verantwaltungen decken zu können, sondern auch noch reich zu werden. Vor einem Bierzetteljahr gewann er in der Tat einmal 34 000 Mark. Weil dieser Betrag aber zur Deckung noch nicht ausreichte, so spielte er weiter, verlor nicht nur den Gewinn wieder, sondern noch viel mehr dazu. Sein Monatsgehalt von 300 Mark hatte natürlich schon lange nicht mehr genügt, seiner Wetteleidenschaft zu frönen, weil er immer mehr verlor. Ihm als Prokuristen wurde es nicht allzu schwer, durch geschickte Bücherfälschungen die Verantwaltungen zu verdecken. Endlich aber sah er doch keinen Ausweg mehr. Weil die Unterschlagungen ohnehin ans Licht kommen mußten, so begab sich Bagel gestern zur Kriminalpolizei, stellte sich ihr zur Verfügung und bekannte alles, weil er nicht mehr aus und ein wußte. Der Ungetreue wurde verhaftet. Der Bank war vor einem Jahre schon einmal ein Angestellter mit Effekten im Werte von 10 000 Mark durchgebrannt. Nach einem Vierteljahr kam er wieder, als er mit seinem Gelde zu Ende war.

## Das gestohlene Erbschmuckstück.

### Woher soll er das Geld nehmen?

H. ist Reisender für Pelzhüte in Berlin — ein schlechtes Geschäft bei drückender Julihitze. So legt er auch ohne einen Pfennig Geld da. Trotzdem macht er Schulden oder . . . gerade deshalb macht er sie. Seine Eltern sind ehrbare jüdische Kaufleute; aber wie sollte er, der ausgewachsene Sohn, von ihnen noch Unterstützung annehmen. Er kann auch nicht mit den Seinigen zusammen leben, weil sie eine große Familie, im Raume sehr beengt sind. Deshalb hat er sich in demselben Hause, in dem die Eltern wohnen, ein Zimmer gemietet. Woher aber das Mietgeld nehmen? So erklärt er der Wirtin, er zahle nicht pränumerando, sondern stets nur postnumerando. Die Wirtin, eine alte Dame, der Mieter setzt ihr gegenüber äußerst zuvorkommend, er unterhält sich gern mit ihr, und das haben einfache alte Frauen betanlich sehr gern, geht, nichts Böses ahnend, darauf ein. Die Geschäfte sind aber nach wie vor mehr als schlecht, der Winter ist noch weit entfernt, und wer denkt im Augenblick an Pelzmützen. So macht der Stadtreisende Schulden: beim Friseur, beim Zigarrenhändler; auch seine Wirtin kann er nicht zahlen. Da kommt ihm eine geniale Idee: in der Wohnung, in der er sein Zimmer hat, darf er sich frei bewegen; die Wirtin schenkt ihm volles Vertrauen. In einem Glasgefäß hält sie ihre letzten Schmuckstücke verborgen; sie hat durch die Inflation alles verloren, die Brillantohrgehänge, Ring und Brosche, die sie von ihrer Mutter geerbt hat, sind ihr aber geblieben. H. nimmt in einer günstigen Stunde den Ring an sich, bricht die Steine heraus und verkauft sie. Die alte Frau ist untröstlich. H. beruhigt sie: der Ring würde sich schon finden. Sie hat zwar Verdacht gegen ihn, glaubt aber, da er sie auf diese Weise beruhige, würde er den Ring schon wiederbringen, falls er ihn genommen haben sollte. Dann aber vertritt sich der Verdacht gegen H. Er schwört „bei Gott und bei seinen Eltern“, den Ring nicht genommen zu haben. Nun aber erzählt sie vom Friseur, dem er auch Geld schulde, daß er Steine zum Verkauf angeboten habe. Da läuft sie zur Polizei und erstattet Anzeige. Vor Gericht scheint die alte Frau tief unglücklich; daß er ihr das zugefügt hat; ihr, die seine Eltern so gut kennt; ihr, die in der Inflationzeit alles verloren hat; sie bedürft keiner Strafe für ihn, möge er ihr nur den Schaden ersetzen. Und er verspricht, die Sache gut zu machen, man möge ihn nur auf freien Fuß setzen; er wolle auch alle seine übrigen Gläubiger befriedigen, wenn erst der Winter wieder da ist — und kommen tut er doch — dann brauchen die Leute Pelzmützen und er könne zu Geld. Der Richter hat das nötige Verständnis für die Geschäftsschwierigkeiten und den Verlust des noch unbetroffenen H., so auch für die Interessen der Bestohlenen. Er verleiht dem Angeklagten Bewährungsfrist unter der Bedingung, daß er im Laufe von zwei Monaten den Schaden, den er der alten Frau zugefügt hat, wieder gutmachen werde. Leicht gesagt: In zwei Monaten; im September scheint noch die hellste Sonne vom Himmel herab und selbst auf hohen Bergen gibt es noch wenig Schnee, wer braucht um diese Zeit Pelzmützen? Was kümmert aber dem Richter im heißen Juli das Pelzmützengeschäft des Angeklagten? Er spekuliert darauf, daß die ehrbaren jüdischen Kaufleute wegen der lumpigen 200 M. ihren Sohn nicht zwei Monate Gefängnis werden abgeben lassen. Die alte Frau teilt diese Ansicht.

## „Arbeitsurlaub.“

Nach Ermittlung und gefaßt wurde ein junger Einbrecher, der einen Lederwarenhändler in der Chausseestraße heimgesucht hatte. Bei ihm sprach vor einigen Tagen ein junger Mann als Vertreter einer Firma vor. Der Geschäftsmann kaufte ihm nichts ab und dachte sich nichts weiter bei dem Besuch. In der nächsten Nacht wurde in seine Wohnung im zweiten Stock eingebrochen. Sein Verdacht fiel gleich auf den „Vertreter“, der sich etwas sonderbar benommen hatte. Die Kriminalpolizei ermittelte diesen gestern, und die Vermutung erwies sich als richtig. Der „Vertreter“ war ein 19 Jahre alter Fürsorgezögling Max Rader, den die Anstalt Arbeit nachgewiesen hatte und daraufhin beurlaubt worden war.

Statt zu arbeiten, ging er jedoch auf Einbruch aus. Der Besuch in der Chausseestraße diente ihm lediglich dazu, eine Gelegenheit und die Verlässlichkeit auszunutzen. Durch den Lichtschein flatterte er nach dem zweiten Stock und stieg durch ein offenes Toilettenfenster in die Wohnung ein. Mit seiner Beute an etwas barem Gelde, Kleidungsstücken, Wäsche und Schmuckstücken stieg er im Lichtschein wieder hinunter und entkam unbedenkt. Die Kriminalpolizei fand den Furschen am Bedding in der Behausung seiner Geliebten, bei der er übernachtete. Hier nahm sie ihn fest. Die ganze Beute, die er zum Teil schon verkauft hatte, wurde wieder herbeigeschafft.

## Keine Hilfe gegen die Mückenplage.

### Folgen der Niederschläge und des Hochwassers.

Die Mückenplage, die sich in diesem Jahre außerordentlich lästig bemerkbar macht (wiederholt wurde an dieser Stelle darauf hingewiesen), hat allerorten den Ruf nach Abwehrmaßnahmen laut werden lassen. Wie wir von dem Leiter des Groß-Berliner Gesundheitswesens, Stadtmedizinalrat Prof. Dr. v. Dragalky, erfahren, stehen auch die Gesundheitsbehörden dieser Plage, die eine Folge der ungemöhnlich großen Niederschläge und des dadurch an verschiedenen Stellen Deutschlands ausgebreiteten Hochwassers ist, machtlos gegenüber. Die starke Vermehrung der Mücken, die besonders stark in den Wäldern in der Umgegend Berlins und an den Ufern der Havel und der Spree aufzutreten, und dort in großen Schwärmen über die erholungsuchenden Ausflügler herfallen, ist hauptsächlich auf die Tümpelbildung zurückzuführen, die durch den anhaltenden Regen und das Steigen der Wasserpiegel der Flüsse und Seen verursacht worden ist. Die Mückenlarven leben bekanntlich im Wasser und fumpigen Tümpeln und haben sich in diesem Sommer unter den klimatischen Verhältnissen, die fast tropenartigen Charakter angenommen haben, so stark vermehrt, daß eine Bekämpfung nicht mehr möglich ist. Eine Bekämpfung hat nur dann Zweck, wenn es gelingt, die Larven, die aber jetzt zum größten Teil ausgekrochen sind, zu beseitigen, was durch Begießen der Bruststätten mit Petroleum usw. erfolgen kann. Gegen die Mückenschwärme selbst erweisen sich aber alle Maßnahmen als zwecklos und auch die Annahme, daß die lästigen Insekten etwa durch Ausräucherung bekämpft werden könnten, da bekanntlich die Mücken durch Zigarettenrauch usw. zeitweise vertreiben werden können, ist irrig, da die Schwärme durch eine solche Maßnahme nicht vernichtet, sondern nur in andere Gegenden verschleudert werden können. Die einzige Hoffnung ist darin zu sehen, daß die Natur sich selbst hilft, da erfahrungsgemäß mit der starken Vermehrung von Insekten auch ihre Feinde zunehmen und auch durch Krankheiten unter den Mücken selbst gewisse Absterbebedingungen gegeben sind. Es ist also durchaus zu hoffen, daß die Mückenplage dieses Sommers ebenso eine Sondererscheinung bleibt und nicht sich im nächsten Jahre wiederholt, wie es die klimatischen Verhältnisse gewesen sind.

Eine andere lästige Folge der Niederschläge und des Hochwassers ist eine sehr große Schimmelpilzplage, unter der besonders die Neubauten stark zu leiden haben. Gegen diese Erscheinung hilft nur starkes Lüften.

## Einstündige Verkehrsstörung in der Potsdamer Straße.

Eine Verkehrsstörung von über einstündiger Dauer entstand heute vormittag in der Potsdamer Straße durch den Bruch der Fangvorrichtung eines Straßenbahntriebwagens. Erst nach langen Bemühungen gelang es, den Schaden soweit zu beheben, daß der Wagen abgeschleppt werden konnte. Der Vorfall wirkte sich verheerend auf den besonders am Vormittag starken Straßenbahnverkehr in der Potsdamer Straße aus. Er mußte durch Umleitung aufrechterhalten werden.

## Ein Kinderrententag.

Der Kolonistenverein Friedrichsfelde 1919 hatte zum Sonntag die Kinder des städtischen Tag- und Nachheims des Bezirksamtes Richtenberg zum Erntefest geladen. In herzlichster Weise wurden die Kinder vom Tambourkorps des Reichsbanners und den Vorstandsmitgliedern des Vereins zur Kolonie geführt. Mit opfernder Sorgfalt versorgten die einzelnen Familien die Kinder in den Lauben und sorgten, daß ihnen auf dem Festplatz viele Ueberraschungen und Freude zuteil wurden. Den Abschluß bildete ein gemeinsamer Fackelzug durch die Kolonie. Den Heimkindern wird das wohlgeleitete, durch sonniges Wetter begünstigte Fest in dankbarer Erinnerung bleiben.

Ein schwerer Strohensunfall ereignete sich heute vormittag gegen 11 Uhr in Schöneberg vor dem Hause Hauptstr. 114. Die fünfjährige Erika Köhler aus der Weststr. 43 rief sich von der Hand der sie begleitenden Tante los und wollte den Fahrdamm überqueren. Hierbei geriet das Kind unter einen Triebwagen der Linie 61 und wurde etwa 15 Meter mitgeschleift. Der inzwischen herbeigerufenen Feuerwehr gelang es erst nach 30 Minuten den Wagen zu heben und das verunglückte Kind als Leiche zu bergen. Die Leiche wurde von der Kriminalpolizei beschlagnahmt. Der Vater des Kindes, der Batteriarbeiter bei den Elektrizitätswerken ist, erlitt beim Anblick seines toten Kindes auf der Rettungsstelle einen Tobsuchtsanfall.

Verfassungsmäßige Farben in preussischen Schulen. Wie der Amtliche Preussische Preßedienst einer Mitteilung des preussischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an die Provinzialschulkollegien und Regierungen entnimmt, ist es an Schulfesttagen den Schülern und Schülerinnen gestattet, die verfassungsmäßigen Reichs- und Landesfarben in der Schule zu tragen. Es wäre wünschenswert, daß alle republikanisch gesinnten Eltern am Verfassungstage daran denken würden, ihre Kinder mit Schwarzrotgold schmücken zu lassen.

Platzkonzerte. Der Männer-Gesangsverein Liederkreis Berlin-W. veranstaltet heute abend 7 Uhr, im Victoria Park, am Kreuzberg, am Eingang zum Denkmal, ein öffentliches Plakonzert. Gleichzeitig findet am Veranstaltung des Volkshilfsamtes Friedrichshagen der „Gemeinnützige Chor Groß-Berlin“, abends 8 Uhr auf dem Platz am Dönhofsplatz (Müddersdorfer Straße).

## Großer Darlehenswindel in Leipzig.

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wurde der Inhaber der bankrott, 1874 gegründeten Schreib- und Papierwarenhandlung Max Roske in Leipzig, der Kaufmann Paul Voigt, und sein Prokurist Gustav Rudloff, wegen Darlehenswindels verhaftet. Die erschwindelten Gelder dürften den Betrag von 300 000 M. erheblich überschreiten. Etwa 60 Personen sind durch die betrügerischen Machenschaften der beiden Verhafteten geschädigt worden. Wie die „Neue Leipziger Zeitung“ erzählt, geriet Roske durch die Mißwirtschaft eines Teilhabers der Filiale der Firma Roske in Breslau in Schwierigkeiten, aus denen er sich durch die Verpfändung seiner Wohnungseinrichtung und des Inventars sowie der Warenbestände das Geld zu retten versuchte. Infolge der hohen Zinsen und der kurzen Rückzahlungsfristen geriet er aber in neue Schwierigkeiten und griff zu betrügerischen Mitteln. Von den Gläubigern ist eine neue Geschäftsteilung eingeleitet worden mit dem Bestreben, die Firma als Kommanditgesellschaft weiter zu führen. Der Konkurs der Firma ist gestern angemeldet worden.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

1. Wkt. Moegen, Mittwoch, den 11. August, abends 7 1/2 Uhr, im Verneuhof, Berlin-bergr. Straße 29. Mitgliederversammlung. Vortrag: Die politische Lage. Referent: Otto Meier. M. d. L. Die Bezirksüberläden bestimmt dann ein.
11. Wkt. Wagners. Der Zahlabend am Mittwoch 10 1/2 Uhr. Die Mitglieder beteiligen sich an dem Umzug in Altpotsdam. Treffpunkt: abends 6 1/2 Uhr am Dönhofsplatz.
12. Wkt. Wagners. Der Zahlabend am Mittwoch 10 1/2 Uhr. Vortrag am Freitag, den 12. August, abends 8 Uhr, im „Gartenbaum“ Mitgliederversammlung.
- Wkt. Mittwoch, den 11. August, abends 8 Uhr, Zahlabend im Total Meeting.

# Gewerkschaftsbewegung

## Zur Geschichte der Buchdruckerorganisation.

Von 1888 bis 1916.

Der erste Band der Geschichte des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, der im Jahre 1916 erschien, geht bis zum Jahre 1888. Der jetzt erscheinende zweite Band reicht von da bis 1916. Auch der dritte Band wird bereits bearbeitet und soll die Zeit bis zum Jahre 1926, also bis zum sechzigjährigen Bestehen des Verbandes, umfassen.

Der Verband wurde als Zentralorganisation im Jahre 1886 in Leipzig gegründet. Zentrale Tagungen fanden schon in den Jahren 1848 und 1849 statt, erreichten aber durch Nachspruch der preussischen Regierung nicht das Ziel. Der Verband der Deutschen Buchdrucker ist in Deutschland die älteste gewerkschaftliche Organisation. Einzelne örtliche Organisationen hatten sich schon vor 1866 bezirksweise zusammengeschlossen. Der Verein Hamburg-Altona führt seine Entstehung auf das Jahr 1767 zurück, wobei es sich natürlich nur um eine Gründung rein zünftlerischen Charakters handeln kann.

Der eigentliche zweite Band der Geschichte wird im Frühjahr 1927 in einem 346 Seiten starken Buch erscheinen. Die Vorgabe liegt bereits vor und stellt den statistischen Teil der Hauptausgabe dar. Dieser gibt ein anschauliches Bild von dem inneren Gefüge der Organisation. Der höchste Mitgliederbestand in der Berichtszeit von 1888 bis 1916 war der von 1914 und betrug im zweiten Quartal 70 452, davon in Berlin 12 367. Die Mitgliederbewegung — also Zugang und Abgang — betrug von 1893 bis 1916 rund 382 000. Am Schluss des Jahres 1916 waren 46 514, also 61,5 Proz. zum Kriegsdienst einberufen.

Die Einnahmen und Ausgaben in der ganzen Zeit balancieren mit 59 Millionen. Das Vermögen betrug Ende 1916 auf den Kopfanteil des einzelnen Mitgliedes 414,80 M. Jeder einzelne Druckort wird nach Gründungsdatum, Mitglieder-, Vermögensbestand, Kapitalanteil und Ortsbeitrag aufgeführt, auch die Orte, in denen keine Verbandsmitglieder vorhanden waren. Es wird mit Recht angeführt, daß der Vereinstypus auch den Mitgliedschaften einen Denkstein zu setzen hat; denn die Mitgliedschaften sind das hundertjährige Gebirg der Organisation. Aus ihnen schließen die die Allgemeinheit befruchtenden Gedanken.

Der „Korrespondent“, das Verbandsorgan, erscheint seit dem Jahre 1863, und seit 1875 dreimal wöchentlich (jetzt zweimal). An Abonnenten hatte er im Jahre 1889 3750. Es folgen genaue Angaben über Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern, sie war, vom Jahre 1914, wo der Krieg lähmend wirkte, abgesehen, in den Jahren 1901 bis 1903 am höchsten.

Die Tariffrage spielte in der Geschichte der Arbeiterorganisationen eine wichtige Rolle. Sie brachte schwere Kämpfe und Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Arbeiterbewegung. Die Buchdrucker gingen hier voran. Schon im Jahre 1886 hatten sie ihren ersten Tarif. Sie wurden viel angefeindet, bis auch die anderen Berufsorganisationen ihrem Beispiel folgten. Das vorliegende Buch bringt das Tarifwerk von 1896 zum Ausdruck, der in den folgenden Jahren mehrfach geändert, in seinen Grundzügen aber bestehen blieb.

Es folgen Tabellen über Lohnverhältnisse, Lebensmittelpreise, Arbeitszeit und Ferien, wobei bemerkenswert ist, daß schon im Jahre 1885 eine Firma ihren 44 Gehilfen Ferien gab. Wer etwas über andere Buchdruckervereine, z. B. Gesangsvereine usw., wissen will — alles ist berücksichtigt.

Das Buch gibt einen Ueberblick über die Entwicklung und das soziale Wirken einer Organisation. Es kann jedem Mitgliedgewerkschaftler zum eingehenden Studium empfohlen werden. Er wird einen Ueberblick in das Gewerkschaftswesen und die zu leistende Arbeit bekommen. Ein jeder Buchdrucker sollte das Buch besitzen als unentbehrliches Nachschlagewerk für seine engeren Berufsinteressen. Jedem Partei- und Gewerkschaftsfunktionär bietet es wichtiges Material. Kein Volkswirtschaftler kann an dem Buch vorübergehen.

## Lebensgefährliche Zustände.

### In der Wittenauer Heilanstalt.

Schon seit längerer Zeit herrscht auf den Stationen für tuberkulöse Geistesranke der Wittenauer Heilanstalt ein Personalmangel, der geradezu aller Beschreibung spottet. Laut Vorschrift sollen auf jeden Saal dieser Stationen ständig zwei Pfleger bzw. Pflegerinnen stationiert sein, da dieser Dienst außerordentlich gefährlich ist.

Da wegen Erkrankung einzelner Pfleger, Urlaub usw. auf jeden Saal nur noch ein Pfleger oder eine Pflegerin entfällt, wandte sich der Betriebsrat der Anstalt Anfang Juni an die Verwaltung und forderte Abstellung dieser Mißstände. Die Verwaltung sah die Notwendigkeit der Mehrereinstellung von Personal auch ein und gab die Beschwerte des Betriebsrats befürwortend an den Magistrat weiter. Dieser erteilte jedoch Anfang Juli den Bescheid, daß er die Mehrereinstellung von Personal ablehnen müsse, da dazu keine Mittel (!) vorhanden seien. Damit ist die Angelegenheit für den Magistrat anscheinend erledigt; nicht aber für das Pflegepersonal.

Dieser ablehnende Bescheid des Magistrats erging, wie schon gesagt, Anfang Juli. In der Zeit vom 6. Juli bis zum 9. August sind in der Anstalt insgesamt 36 Pfleger bzw. Pflegerinnen von Geisteskranken überfallen und mißhandelt worden. Vier Pfleger und zwei Pflegerinnen erlitten so schwere Verletzungen, daß sie vorübergehend mehrere Monate arbeitsunfähig sein werden. Eine Pflegerin ist so schwer verletzt worden, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

Alle diese Unfälle sind nur eine Folge des Personal mangels. Soll der Bureaukratismus und die falsche Sparfameit des Magistrats wirklich so weit gehen, daß das Personal der Irrenanstalt ständig seinen Dienst unter Lebensgefahr ausühen muß? Bureaukratismus ist es, wenn vom grünen Tisch aus verfügt wird, mehr Personal wird nicht eingestellt, weil keine Mittel vorhanden sind. Und falsche Sparfameit ist es auch, denn den Verletzten muß bis zur Herstellung ihrer Arbeitsfähigkeit, und wenn das Jahre dauert, ihr Gehalt gezahlt werden; ebenso

mit der zu des Besetzten Dienstleistung auch entlohnt werden. Man zahlt also nun für eine Arbeitsleistung doppeltes Gehalt.

Selbstfalls ist die schleunigste Abstellung dieser standalösen Zustände in der Wittenauer Heilanstalt dringend geboten. Oder muß es erst einige Tote geben, ehe man hier Abhilfe schafft?

## Die Arbeitslosigkeit in Leningrad.

Unter der Ueberschrift „Die Arbeitslosigkeit wächst“ berichtet der Leningrader Korrespondent des „Trud“ (1. August 1926, Nr. 175) folgendes:

Im Laufe eines halben Jahres hat die Arbeitslosigkeit sich verdoppelt. Im Januar dieses Jahres zählte man an der Arbeitsbörse 74 000 Arbeitslose, gegenwärtig sind es 144 000. Die Zahl der Erwerbslosen wächst in allen Gewerbebezügen, unter den Qualifizierten sowohl wie unter den Ungelehrten, in der Industrie, wie in den nichtindustriellen Berufen.

Die Gründe der Arbeitslosigkeit liegen klar zutage. Einerseits ist es die Reorganisation und die damit verbundene Zusammenziehung der industriellen Betriebe, andererseits die Planlosigkeit, die bei der Einstellung von neuen Arbeitskräften herrscht. Die Zahlen beweisen, daß die Arbeitsbörse den Arbeitsmarkt nur bis zu 28 bis 30 Proz. beherrscht. Alle übrigen Arbeitskräfte werden außerhalb der Börse eingestellt, und zwar werden sie größtenteils der unorganisierten Masse, der aus der Provinz zuwandernden, entnommen. Weder man sich an die Arbeitsbörse, so erweist sich, daß sie in der Lage ist, nur 4 bis 5 Proz. der Anforderungen zu befriedigen.

Unter den Erwerbslosen befinden sich ungefähr 20 000 Jugendliche. Der vierte Teil von ihnen ist in einer überaus schwierigen Lage. Als Mittel zur Verringerung der Arbeitslosigkeit ist zu erwähnen, daß die Arbeitergenossenschaften bis zu 17 000 Arbeitslose in Wechselarbeiten beschäftigen und daß bei den öffentlichen Arbeiten, denen Mittel für 3800 Personen überlassen worden sind, sogar etwas mehr als diese Zahl eingestellt sind. 3800 Koststandsarbeiter bei nahezu 150 000 Arbeitslosen, das ist bescheiden wenig.

## Zum Kündigungsschutzgesetz für ältere Angestellte.

Bekanntlich ist durch die Initiative der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ein Gesetz im Reichstag verabschiedet worden, das den älteren und langbeschäftigten Angestellten erhöhten Kündigungsschutz gewährt. Dieses Gesetz trat am 29. Juli in Kraft, wurde jedoch für alle Kündigungen, die zwischen dem 15. Mai und dem Inkrafttreten des Gesetzes liegen und natürlich unter das Gesetz fallen, für rückwirkend erklärt, so daß noch einer großen Anzahl von Angestellten, denen am 15. Mai zum 30. Juni gekündigt worden war, das Gesetz zugute kommt.

Es haben sich auch bereits, wie bei jedem neuen Gesetz, verschiedene Streitfragen über die Auslegung des Gesetzes ergeben. Ueber einen besonders interessanten Fall hatte das Gewerbegericht Dresden zu entscheiden, der deshalb von weittragender Bedeutung ist, weil durch ihn zum erstenmal die Frage entschieden wurde, ob ein Arbeiter, der innerhalb der im Gesetz vorgeschriebenen Beschäftigungsdauer in ein Angestelltesverhältnis eingetreten ist, ebenfalls unter das Schutzgesetz fällt.

Der dem Gewerbegericht Dresden zur Entscheidung vorliegende Fall lag folgendermaßen: Ein Förster der Zigarettenmaschinenfabrik Universelle war am 15. Mai zum 30. Juni gekündigt und an diesem Termin entlassen worden. Er machte nun nach Bekanntwerden des Gesetzes eine längere Kündigungsfrist geltend mit der Begründung, daß er länger als 5 Jahre in dem Betriebe beschäftigt war. Tatsächlich aber war er als Förster, also als Angestellter, erst seit dem 9. August 1921 beschäftigt, es fehlten also 1 Monat und 9 Tage zu einer fünfjährigen Tätigkeit als Angestellter. Er stand aber bereits vorher, von der Firma unbestritten, im Arbeitsverhältnis bei der Firma, so daß also eine reine Beschäftigungszeit von über 5 Jahren vorlag. Er klagte vorderhand die Weiterzahlung des Gehalts für Monat Juli ein, weil er der Meinung war, daß es nicht auf die Art der Beschäftigung ankomme, sondern darauf, ob er bei Inkrafttreten des Gesetzes im Angestelltenverhältnis stand oder nicht.

Der Vertreter der beklagten Firma erklärte dagegen, daß nach dem Wortlaut des Gesetzes ein fünfjähriges Angestelltenverhältnis für den Anspruch der erhöhten Kündigungsfrist vorliegen muß, das jedoch bei dem Kläger nicht vorhanden war.

Das Gericht verurteilte nach längerer Beratung den Spruch: Die Beklagte wird verurteilt, dem Kläger 150 M. als Gehalt für Monat Juli zu bezahlen. In der Begründung wird gesagt: Das Gericht habe nach dem Wortlaut des Gesetzes entschieden. In § 2 heißt es, daß ein Angestellter mindestens 5 Jahre beschäftigt gewesen sein muß. Es sei aber nicht gesagt, daß er 5 Jahre als Angestellter beschäftigt gewesen sein muß; wäre dies der Wille des Gesetzgebers gewesen, so hätte es besonders zum Ausdruck kommen müssen. Da dieses nicht der Fall sei, mußte dem Kläger der Schutz des Gesetzes zugebilligt werden.

Das Urteil, gegen das es keine Berufung gibt, ist von großer Wichtigkeit für alle Arbeiter, die im Laufe der Zeit in demselben Betrieb in ein Angestelltenverhältnis übergegangen sind.

## Ende des Lodzer Streiks.

Lodz, 10. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Streit der gemeinnützigen Betriebe ist am Montag abend beendet worden. Die allgemeine Lage war so, daß sich die Behörden zu einer Vermittlung veranlaßt sahen. Es ist vorläufig eine Lohnzulage von 10 Proz. für alle Arbeiterkategorien in Aussicht gestellt. Das Schiedsgericht wird heute tagen.

## Französische Kohlennot durch den englischen Streit.

Paris, 10. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Frage der französischen Kohlenversorgung wird durch die lange Dauer des englischen Grubensstreiks immer gefährlicher. Der Minister der öffentlichen Arbeiten Lardieu, der gestern vom Ministerrat beauftragt worden ist, außerordentliche Maßnahmen zur Sicherstel-

lung der französischen Kohlenversorgung zu ergreifen, wird im Laufe des heutigen Vormittags die Delegierten der großen französischen Kohlenproduzenten empfangen. Er scheint zu beabsichtigen, in erster Linie die auf Reparationskonto gelieferte Kohle aus dem Ruhrgebiet und der Saar in weitestem Maße heranzuziehen und sie ausschließlich für die französische Eisenbahn und die große französische Industrie des Nordens zu reservieren. Jede Ausführlichkeit für französische Kohle wird aufgehoben werden. Mit Belgien sind Verhandlungen eingeleitet, damit aus Belgien das gleiche Quantum Kohle geliefert werde wie in den Vorjahren. Falls diese Maßnahmen nicht ausreichend sein sollten, wird die Regierung die Einschränkung der Lichtklima und eventuell die Schließung zahlreicher Nachtlokale in Paris in Aussicht nehmen.

## Lohnforderungen der französischen Bergarbeiter.

Paris, 9. August. (WZ.) Die Bergarbeiterverbände von Carmaux und Albi haben, wie eine Honasmedung besagt, vom Präfekten die dringliche Einberufung einer Konferenz der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Angleichung der Löhne an die ständig steigende Lebensmittelpreise gefordert.

# Wirtschaft

Die Eisen- und Stahlwaren-Industrie im Monat Juli. Die Lage der Eisen- und Stahlwaren-Industrie hat sich auch im Laufe des Monats Juli nicht gebessert. Im märktisch-westfälischen Lande sind die außerordentlich weitgehenden Betriebseinschränkungen und Betriebsstillelegungen bestehen geblieben. Wo geringe Neueinstellungen von Arbeitskräften erfolgt sind, lassen sich diese nur auf einen vorübergehenden und schnell abgewickelten Auftragszufluss zurückführen. Nach wie vor aber ist die Lage als sehr ernst zu bezeichnen. Dabei sind die Aussichten für die kommenden Monate weiterhin sehr schlecht. Die Saison ist in den meisten Artikeln vorüber und auf den großen Inlandsabgabebereichen der Eisen- und Stahlwaren-Industrie sind irgendwelche Anzeichen für eine Vermehrung des Bedarfs in Eisen- und Stahlwaren nicht festzustellen. Auf dem Auslandsmarkt macht sich in verstärktem Maße die scharfe französische und belgische Konkurrenz bemerkbar, so daß auch hier, wo noch Aufträge hereinkommen, meist mit Verlustpreisen verkauft wird. Dabei muß festgestellt werden, daß meist auch in den nunmehr abgeschlossenen Handelsverträgen die Eisen- und Stahlwaren-Industrie eine ihrem verhältnismäßig großen Export gerecht werdende und würdige Behandlung nicht gefunden hat.

Eine scharfe Widerlegung der Preisforderungen des Kalifundikats bedeuten die jetzt bekannt werdenden Ziffern über den Kalifundikat im Juli. Der Absatz des deutschen Kalifundikats B. m. S. H. betrug in diesem Monat 865 472 Doppelzentner Reinkalfi gegen 956 263 Doppelzentner Reinkalfi im gleichen Monat des Vorjahres. Der Gesamtabsatz in den ersten drei Monaten (Mai, Juni, Juli) des laufenden Düngejahres beträgt 2 111 941 Doppelzentner Reinkalfi gegen 2 504 578 Doppelzentner Reinkalfi in den ersten drei Monaten des Düngejahres 1925/26. Der Absatz in den ersten sieben Monaten des laufenden Kalenderjahres beträgt 6 879 730 Doppelzentner Reinkalfi gegen 8 292 932 Doppelzentner Reinkalfi in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Die Zahlen beweisen, daß die heutigen Preise bereits zu hoch sind, um die notwendige Steigerung des Kaliverbrauchs in Deutschland zu bewirken. Und dabei verlangt man noch höhere Preise!

Ein weiteres Konjunktionsgeschickliches Landgut. Eine Anzahl Genossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine besitzen eigene Landgüter, deren Betriebsergebnisse in die genossenschaftliche Selbstversorgung einbezogen werden. Rummohr hat auch der Konsumverein „Eintracht“, Essen, in der Heide zwischen Kirchhallen und Dorsten auf Kirchhallener Gebiet ein größeres Landgut erworben mit Park- und Teichanlagen, Obstbaumplantagen, Gemüsekulturen, einer Geflügelfarm und mehreren Gebäulichkeiten. Der Vorstand des Vereins beabsichtigt dort die Einrichtung einer Schweinezucht, dann Abgabe des Jungviehs an die vorhandene Schweinemastanstalt, Einrichtung einer Hühnerfarm und Ausnutzung der landwirtschaftlichen Fläche. Das Ganze soll dann die Errichtung eines Kindererholungsheims tragen, in dem erholungsbedürftige Kinder von treuen Genossenschaftlern Aufnahme und Befundung finden sollen.

Neue Reparationsaufträge für die deutsche Industrie — Russische Käufe. In Belgien sollen die wichtigsten Eisenbahnstrecken elektrifiziert werden. Die Strecken Herbesthal—Lüttich—Brüssel und Brüssel—Mecheln—Antwerpen sollen zuerst in Angriff genommen werden. Es ist beabsichtigt, die Arbeiten den deutschen Firmen zu übertragen und die Berechnung auf Reparationskonto vorzunehmen. Die Sowjetregierung hat dem russischen Schwachstromnetz gestattet, mit dem Bau von Elektrizitätswerken in Kabul (Afghanistan) zu beginnen. Es soll die Hilfe der AEG. in Anspruch genommen und mit dem Bau noch in diesem Jahre begonnen werden. Die Finanzierung erfolgt durch die russische Staatsbank. — Auch deutsche Kohlen gehen jetzt wieder nach Rußland. Allerdings deckt die russische Wirtschaft den größten Teil ihres Kohlenbedarfs in Polen, das günstigere Kredit- und Verbandsbedingungen gewährt.

Auslandsauftrag für Henschel u. Sohn in Kassel. Die bekannte Lokomotivbaufirma Henschel u. Sohn hat einen Auftrag auf 30 Lokomotiven für Südafrika und Portugal erhalten. Der Auftrag soll der Firma Beschäftigung bis zum Ende des Jahres geben.

Zehn Millionen Dollar Exportanleihe für Dänemark. Die Guaranty Trust Company in New York hat einen Zehn-Millionen-Dollarkredit zur Finanzierung der dänischen Ausfuhr eröffnet. Die dänische Staatskasse leistet Bürgschaft.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: Heinz Göttrich; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Kultur: Dr. John Schömann; Politik und Sonstiges: Fritz Kersch; Anglisten: Th. Glöck; Sammler in Berlin: Berlin: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlin-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin 1926, Lindenstraße 3.

## PREISAUSSCHREIBEN

URANIA

Monatshette für Naturerkenntnis und Gesellschaftslehre

Vierteljährlich 3 Hefte mit broschierten Buchgebänden. Ausgabe A 1,60 in Ganzlein. gebund. Ausgabe B 2,25

Prämien im Werte von 1000 Mark in bar und Bücherpreisen

Verlangen Sie noch heute Gratis-Exemplar der neuesten Veröffentlichung (Heft 11) und Werbematerial, damit Sie sich über Näheres informieren können.

URANIA-VERLAGSGESELLSCHAFT M. B. H.

JENA, SPITZWEIDENWEG 7/9

**Pumpen**  
Filter,  
Entzucker,  
Frischhalte,  
Kohlensäure,  
Pumpen,  
Berlin N 15,  
Lindendammstr.  
Stufe 15.

## Gummi-Mäntel

für Herren, Damen  
u. Kinder, vorrätig u.  
nach Maß  
Peterlino, Wind-  
jacken, Reparaturen  
Spezialgeschäft  
Weinberg, Nr. 1  
u. d. Gerttraudenstr.

**Putzwolle,  
Putzklappen,  
Schleifertuche**  
haben abzugeben

Gebr. Holzinger,  
Tel.: Neukölln 4945/47.

**Berliner - Elektriker - Genossenschaft**  
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88 | Filiale Westen, Pflanzendori  
Fernsprecher: Norden 65 25 u. 65 26 | Landhausstraße 4, Tel.: Wilmersdorf 9631  
Ausstellungsräume und Lager  
Alexanderstr. 39-40 (Alexander-Passage) Tel.: Königsstadt 540.  
Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfanges  
zu kulantem Zahlungsbedingungen.  
Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen

**Adolf Hoffmann**  
**Knorke**  
Schulmoreske  
mit Illustrationen  
von Willi Steinert  
Preis 50 Pfg. / Porto 5 Pfg.  
Vorrätig in allen  
Vorwärts-Ausgabestellen

**Metalbetten**  
Stahlmatratzen, Kinderbetten gleiches Preis.  
Kat. 680 1/2. Eisenmöbelfabrik Sühl Thür.

**HAUS UND HAUSRAT GILDENHALL**  
G. M. B. H.  
**MÖBEL HAUSRAT**  
In schlicht. Form u. gediegn. Ausführg.  
VERKAUFSTELLEN: Berlin W, Königin-Augusta-Str. 21  
an der Potsdamer Brücke  
Berlin N O, Gr. Frankfurter Str. 41-42  
Charlottenburg, Blumendammstr. 65

**Begutachtung, Beratung, Bearbeitung**  
von Dichtungen aller Art  
bis zur Bühnenerreife  
Vermittlung von Uraufführungen  
durch erfahrene, dramaturgisch geschulte  
**Spilleiter**  
Angehörige unter C. V. 2019 an die Gesch. des  
des „Geldigen Anzeigers“, Berlin-Grünwald, Caspar-  
Thyja-Straße 23.  
Conrad Müller  
Schkeuditz-Leipzig